

AKTUELL



CC-BY-SA JWH WIKIMEDIA

TREIBSTOFFSTEUER

Spritverkauf wächst weniger stark

Joël Adami

Die Regierung kündigte am Montag eine weitere Erhöhung der Spritpreise an. Die Ergebnisse der bisherigen Maßnahmen sind eher durchgewachsen.

„Wir sind uns bewusst, dass diese Maßnahme nicht besonders gut ankommt.“ Mit dieser Aussage fasst Energieminister Claude Turmes (Déi Gréng) die Reaktionen auf die Ankündigung, den Spritpreis auch 2020 erneut zu erhöhen, ziemlich gut zusammen. Während sich die Tankstellenbesitzer*innen Sorgen um ihr Geschäft machen, bedauert der OGBL fehlende soziale Ausgleichsmaßnahmen.

Die Regierung gab sich am Montag geschlossen. Neben Finanzminister Pierre Gramegna (DP) saßen Claude Turmes und Arbeitsminister Dan Kersch (LSAP), der seinen Parteikollegen Étienne Schneider vertrat. Turmes betonte, die Regierung habe sich nicht auseinanderdividieren lassen und einen Kompromiss ausgehandelt. Der besteht aus zwei Teilen: Einerseits wird zwischen Februar und April eine weitere Erhöhung der Treibstoffsteuer in Kraft treten. Der Dieselpreis wird zwischen drei und fünf Cent erhöht, für Benzin müssen zwischen einem und drei weitere Cent bezahlt werden. „Diese Spanne haben wir gewählt, um flexibel auf die Ergebnisse der bisherigen Verkäufe reagieren zu können“, erklärte der Finanzminister.

Freie Fahrt für Steuerzahler*innen

Die zweite Ankündigung am Montag: Der Pauschbetrag für Fahrtkosten, auch bekannt als Kilometerpauschale, bleibt unverändert. Eigentlich hatte die Regierung laut Koalitionsvertrag vor, diese Steuerermäßigung abzuändern, um so die Kosten für den gratis öffentlichen Transport abzufedern. Dass dies nun nicht passiert, liegt daran, dass man jene, die nicht auf ihr Auto verzichten können, nicht bestrafen wolle.

Das mag nach einer sozialen Maßnahme klingen, betrifft jedoch nur die, die tatsächlich auch Steuern zahlen müssen – untere Einkommensklassen können davon nicht profitieren. Das kritisierte auch der OGBL in einer Stellungnahme am Dienstag. Die Gewerkschaft rief nochmal ihre Forderung in Erinnerung, den Pauschbetrag in eine Steuergutschrift („crédit d'impôt“) zu verwandeln.

Die Erfolge der erhöhten Treibstoffsteuer sind ohnehin überschaubar: Nach dem 1. Mai 2019, als die bisherigen Erhöhungen wirksam wurden, wuchsen die Benzinverkäufe „nur“ noch um fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr. In den vier ersten Monaten betrug das Wachstum zehn Prozent. Ähnliches Bild auch beim Diesel: Die Verkäufe sind ab Mai um 2,5 Prozent gesunken, davor waren sie jedoch steigend.

Sind die Preiserhöhungen wirkungslos?

In der Gesamtsumme wird 2019 mehr Sprit verkauft worden sein als im Vorjahr und die Verkäufe werden damit so hoch sein wie seit 2012 nicht mehr. Darüber, wie sich der geplante CO₂-Preis genau auf die Treibstoffsteuern auswirken wird, schwieg die Regierung am Montag. Pierre Gramegna betonte ebenfalls, dass die Preise vor allem die Attraktivität des Großherzogtums für den professionellen Diesel gegenüber den Nachbarländern senken soll. LKWs sollen in Zukunft woanders tanken und so Luxemburgs Klimabilanz aufpolieren.

Die Preise für private Verbraucher*innen seien immer noch sehr kompetitiv gegenüber Deutschland, Belgien und Frankreich. Dafür, dass der Finanzminister am Anfang der Pressekonferenz die enorme Herausforderung der Klimakrise herausstrich, klangen diese Äußerungen so, als ginge es vor allem darum, die Statistik zu verbessern, ohne aber eine wahre Verhaltensänderung herbeizuführen.

SHORT NEWS

Méco fordert Überarbeitung des Klimaplan

(ja) – Der Mouvement écologique ist äußerst enttäuscht vom Klimagesetz und der bisher veröffentlichten Zusammenfassung des nationalen Klima- und Energieplans. Zwar werden die ambitionierten Reduktionsziele und die Berücksichtigung sozialer Aspekte gelobt, in den Augen der NGO ist der Entwurf des Klimagesetzes jedoch „absolut unzulänglich“ und kommt einer „systematischen Demontage einer realen Klimaschutzpolitik“ gleich. Schelte vergibt der Méco vor allem, weil es keine verbindlichen sektoriellen Reduktionsziele gibt und keine Konsequenzen für deren Nichteinhalten vorgesehen sind. Die Umwelt-NGO bemängelt außerdem, dass die Begleitgremien, die das Klimagesetz schafft, keine realen Befugnisse haben. Das verhindere eine echte Einbindung der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft in die Klimapolitik der Regierung verhindern. Auch den Klimaplan findet der Méco unzureichend – vor allem, da die Wachstumsdiskussion ausgeklammert wurde. Die NGO fordert eine grundlegende Überarbeitung beider Dokumente unter Einbeziehung der Öffentlichkeit.

Konjunktur auf Sparflamme

(is) – Luxemburg bleibt wirtschaftlich nicht von der generell angespannten Situation in der Euro-Zone und der Welt verschont. Die Verunsicherungen durch die Brexit-Debatten, internationale Handelskriege wie der zwischen den USA und China, verhaltene Investitionen und eine verringerte Güterproduktion haben der Wirtschaft einen Dämpfer verpasst. Das Statec legt zum Jahresende Zahlen vor, die den Konjunkturrückgang in Luxemburg dokumentieren und eine Rückentwicklung für 2020 nahelegen. Das Jahr 2019 begann gut, so das Statec, doch zeichnete sich im Laufe der Monate ein Rückgang der Inflation ab. Letztere sank von 2 Prozent im Frühling auf 1,2 Prozent im Oktober. Das Statec geht aufgrund des Konjunkturrückgangs von einer anhaltenden Eindämmung der Gehaltserhöhungen aus. Letztere kündigte sich bereits von 2018 (3,3 Prozent) auf 2019 (2,5 Prozent) an. Ein erneuter Anstieg im kommenden Jahr ist unwahrscheinlich. Auch in puncto Arbeitswelt dürfte ein sich schleichend ankündigender Negativtrend bestätigen: Seit 2018 müssen zwischen 5,4 und 5,3 Prozent der aktiven Bevölkerung auf Arbeitslosengeld zurückgreifen. Ein Rückgang der Empfänger*innen im Jahr 2020 ist angesichts der parallel wenig verheißungsvollen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt nicht zu erwarten.

online

China, Schmutzwäsche und Waffen

Vous aimez le woxx en print, mais cela ne vous suffit pas? Alors consultez woxx.lu : Vous y trouverez des articles qui ont uniquement paru online.

Sie mögen unsere Printausgabe, aber Sie wollen mehr woxx? Dann schauen Sie doch auf woxx.lu vorbei: Dort können Sie regelmäßig Artikel finden, die ausschließlich online erscheinen.

Mieux vaut être un-e Chinois-e qui investit que mineur-e kosovar-e Que le Luxembourg accorde des autorisations de séjour à qui peut payer est connu. Déi Lénk ont demandé les chiffres en même temps que ceux des mineur-e-s emprisonné-e-s au centre de rétention. woxx.eu/capital

Schmutzige Wäsche bei der Piratepartei Bei der Piratepartei ist die Stimmung nicht besinnlich-weihnachtlich. Das legen zumindest geleakte Screenshots nahe. Die woxx ging der Sache in zwei Online-Beiträgen auf den Grund. woxx.eu/waschen

Heckler & Koch im Visier von luxemburgischer Finanzholding Dem Handelsblatt zufolge sollen die Aktien des deutschen Waffenbauers kurz davor stehen, von einer luxemburgischen Holding aufgekauft zu werden – die gehört ihrerseits einem französischen Investor. woxx.eu/waffen